

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Ercheint täglich

früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Zugangsgasse 33.
Besuchstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.

Bei den Buchhandlungen der Provinz

Annahme der für die nächst-

folgende Nummer bestimmten

Preise an Wochentagen bis

8 Uhr Nachmittags, an Sonn-

und Festtagen früh bis 7 1/2 Uhr.

Zu den Adressen für Zus. Annahme:

Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Königs Platz, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 7 1/2 Uhr.

№ 297.

Freitag den 24. October 1879.

Auflage 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Mk.,
incl. Frachtlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 30 Pf.
mit Postbefreiung 48 Pf.

Einzelne 5gep. Beilagen 20 Pf.
Größere Schriften laut inoffiziellem
Preisverzeichnis — Tabellen-
Bog. nach höherem Tarif

Reclamen unter dem Redactions-
kopf die Spalte 40 Pf.

Insere sind stets auch. Gebil-
de zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro Annahme
oder durch Postnachnahme.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Am unserer Realschule II. Ordnung ist zu Oftern 1880 eine mit dem Jahresgehalt von 1800 M. dotirte Hülfslehrerstelle (Hauptfach: „französischer Unterricht“) zu besetzen.
Kandidaten gebildete Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beifügung ihrer Zeugnisse und eines kurzen Lebenslaufes bis zum 31. Januar 1880 bei uns einreichen.
Leipzig, den 17. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Geor. Billig, Asses.

Bermiethung.

Der Buffetlokal nebst Zubehör im Alten Theater soll zum Restaurationsbetriebe während der in letzterem Rathstenden Vorstellungen auf die Zeit vom 10. Januar 1880 bis 30. Juni 1880 an den Pächtern bemiethet werden.
Wir bezeichnen hierzu auf

Donnerstag, den 30. d. M. Vormittags 11 Uhr
Bermiethungstermin im großen Saale der Alten Waage, Rathhausstr. Nr. 29, 2. Etage, an und wollen hierzu Pächter, welche sich auf Verlangen über ihre Person und Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, pünktlich zur angegebenen Zeit sich einfinden und ihre Miethgebote thun.
Die Auswahl unter den Bietern und jede sonstige Entschliessung bleibt vorbehalten.
Die Bermiethungs- und Bermiethungsbedingungen können schon vor dem Termine auf dem Rathhaus-
saale 1. Etage einzusehen werden.
Leipzig, den 17. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Geor. Billig, Asses.

Das Reich und der Friede.

Das letzte Jahrzehnt bezeichnet in der Geschichte der europäischen Staaten eine Epoche ohne Gleichen. Während sonst die Welt vor dieser kurzen Spanne Zeit von Paris aus demüthigt zu werden pflegte, eine permanente Kriegsgefahr in Bereich des politischen Horizontes in der Bildung begriffen war, consolidirt sich heute in Berlin eine Politik des Friedens, deren Macht die europäischen Cabinete zwingt, mit der Nachstellung des deutschen Reiches sorgfältig zu rechnen. So haben die Vorgänge der letzten Woche die aussergewöhnliche Bedeutung der Wiener Reise des Fürsten Bismarck besetzt. Einerlei, ob dem Bundesrathsausschuss für auswärtige Angelegenheiten ein förmlicher Allianzvertrag mitgeteilt werden ist oder nicht — die Thatsache einer der wichtigsten Bestandtheile überschreitenden Allianz zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist unmissbar. An diesem wichtigen Wendepunkte, der heute unabweisbar erreicht ist, hat jeder denkende Vaterlandsfreund die Pflicht, sich an der Hand der unbestreitbaren Thatsachen über Deutschlands Stellung in der europäischen Politik klar zu werden. Da springt denn alsbald in die Augen, daß die enge Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich den Beginn einer neuen Ära in dem Verhältnis der europäischen Mächte bedeutet. Seit 1872 war dasselbe beherrscht durch das Dreikaiserbündnis. Deutschland machte den Vermittler zwischen Rußland und Oesterreich; seine Freundschaft sollte, wie Fürst Bismarck einmal ausführt, beiden Bundesgenossen nach streng gleichem Maße zugemessen werden. Heute ist das anders geworden. Die Freundschaft zwischen Deutschland und Oesterreich ist inniger als je, während Rußland uns mit kaum verheiliger Feindschaft gegenübersteht; die Ära des Dreikaiserbündnisses ist zu Ende.

Unser Reichskanzler hat wegen dieses Bundes von den Feinden Deutschlands im Auslande wie im Inlande oft heftigen Tadel erfahren. Anfangs, als die jesuitische Presse ganz Europas den Fürsten Bismarck zum Allermittelstößener zu stampeln sich bemühte, hat man, als beachtliche der eiserne Kanzler mit jenem Bündnis lediglich ein Werkzeug zur vollständigen Vernichtung Frankreichs, zur endgültigen Aufhebung des europäischen Gleichgewichts, Europa, rief man, soll unter das Joch Deutschlands gebeugt werden. Später, als Bismarck's christliche Friedenspolitik unbestreitbar vor aller Augen lag, hieß es, daß Dreikaiserbündnis habe Rußland zur Vormacht in Europa gemacht. Heute sind alle diese Vorwürfe und Unterstellungen durch die Thatsachen widerlegt. Kein Mensch zweifelt mehr, daß es der durch Deutschland bewirkten Annäherung der drei Kaiserreiche zu verdanken war, wenn der Weltfriede sieben Jahre lang bewahrt, wenn die blutige Lösung der orientalischen Wirren auf den türkischen Kriegsschauplatz beschränkt blieb. Der Dreikaiserbund hat seinen von Anfang an verhängten Joch der Erhaltung des europäischen Friedens erfüllt. Jetzt ist die Frage, ob seine Auflösung die Erhaltung dieses Friedens gefährdet.

Die Dauerhaftigkeit des Dreikaiserbundes hing ab von der Voraussetzung, daß jede der drei Mächte ihre Politik innerhalb der Grenzen des nach dem Zwecke dieses Bundes Möglichen halten werde. Diese Grenzen hatte Rußland mit dem Frieden von San Stefano überschritten; es bedrohte mit demselben unabweisliche Lebensinteressen der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie. Durch den Frieden von Berlin wurden die Dinge in den Rahmen des Möglichen zurückgeführt; der Boden für eine Fortdauer des Dreikaiserverhältnisses war wieder hergestellt. Aber Rußland war nicht gewillt, ihn auf's Neue zu betreten. Es begannen jene unaufrichtigen Operationen der russischen Presse gegen Deutschland, und im Sommer d. J.

erklärte ein offizielles Organ der Petersburger Regierung rund heraus, daß die russische Politik losgelöst sei von dem „Ballast der Traditionen.“ Gleichzeitig ließ Fürst Gortschakoff durch ein Pariser Blatt der französischen Nation öffentlich seine Wiedererklärung machen, und noch mehr: es lagen unverkennbare Anzeichen vor, daß in Wien eine Annäherung zwischen Rußland und Oesterreich gegen Deutschland betrieben wurde. Fürst Bismarck's Verdienst ist es, diese Pläne rechtzeitig durchkreuzt zu haben, und zwar durchkreuzt zu haben mit einem Schritte, der sich als die naturgemäße Krönung des am 17. d. M. der sechziger Jahre begonnenen Werkes der Umgestaltung Deutschlands darstellt. In dem Programm der preussisch-deutschen Politik, welches seit jener Zeit zur Erfüllung gekommen, war stets ein wesentlicher Punkt, nach der Errichtung eines starken deutschen Nationalstaates zwischen diesem und Oesterreich ein engeres völkrechtliches Verhältnis zu schaffen, wie es durch die Gemeinsamkeit zahlreicher politischer und materieller Interessen geboten erscheint. Dies Verhältnis dürfen wir jetzt als erreicht betrachten. Und gerade weil dies Ziel deutscherseits von Anfang an offen erstrebt wurde, kann heute Niemand in ihm einen feindseligen Anschlag gegen den Frieden Europas erblicken. In der That hat denn auch die englische Regierung die deutsch-oesterreichische Allianz bereits öffentlich als eine Bürgschaft des allgemeinen Friedens begrüßt. Durch diese Stellungnahme Großbritanniens ist zugleich Frankreich von Neuem in seine bisherige Reserve gebannt. Und so wird auch die russische Politik die Richtigkeit wiederfinden müssen, welche ihr in den letzten Jahren verloren gegangen war. Wir aber dürfen mit aufrichtiger Befriedigung die Ueberzeugung ansprechen, daß die Politik unserer Reichskanzler an die Stelle des nicht durch ihre Schuld gelösten Dreikaiserbundes ein Verhältnis gesetzt hat, welches den Frieden in gleicher Weise verbürgt und zugleich den traditionellen Sympathien unserer Völker am besten entspricht.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 23. October.

Für die rege und pflichtgetreue Anteilnahme des Kaisers an den Staatsgeschäften haben die letzten Tage wiederum ein neues Zeugnis gebracht. Wie wir schon andeuteten und wie jetzt allseitig bestätigt wird, hat sein genialer Berater Fürst Bismarck bezüglich des deutsch-oesterreichischen Schutzbündnisses es nicht leicht gehabt, seine Ansichten bei Seiner Majestät durchzusetzen, da dem erhabenen Monarchen die russische Allianz und die Freundschaft mit Kaiser Alexander sehr hoch stehen. Der Kaiser ging in seinen Bemerkungen, das innige Verhältnis mit Rußland ausrecht zu erhalten, weiter, als Bismarck wünschte, wie die Sendung des Feldmarschalls Mantuffel nach Warschau und die Zusammenkunft der beiden Kaiser auf russischem Gebiete beweisen; aber er mußte sich zuletzt, wenn auch mit schwerem Herzen, überzeugen, daß Rußland sein zuverlässiger Bundesgenosse für und mehr sei und wir auf Bedingung für die Zukunft bedacht sein müssen. Der Kaiser hat denn im Laufe der vorigen Woche das Schutzbündnis mit Oesterreich unterzeichnet und diese Unterzeichnung ist eine Thatsache, welche von den Unterrichteten nirgends mehr bezweifelt wird. Die „Politische Zeitung“ enthält über diese bewundernswürdige Entschliessung die folgende, ausserordentlich interessante telegraphische Mittheilung aus Berlin vom 23. October:

„Der Kaiser hat auch diesmal seine eigene Entschliessungen bei Seite gelassen und ist dem Rathe des Fürsten Bismarck gefolgt, indem er nach schwerem Kampfe der vom Reichskanzler in Wien inaugurierten Politik seine Zustimmung und Unterschrift erteilt hat. Von dem Tage an, wo Fürst Bismarck nach Berlin zurückkehrte, bis zu seinem Abreise nach Berlin hat unser Staatsoberhaupt eine der

schwersten Krisen durchgemacht. In der ersten Sitzung des Staatsministeriums, wo angeblich von der Reform unserer Verwaltung die Rede gewesen sein sollte, wurde über ganz andere Dinge verhandelt; der Reichskanzler und Ministerpräsident hielt einen sehr durchdrachten Vortrag über die Lage Deutschlands und Europas und über die inneren und äußeren Gefahren, denen es vorzubeugen und nöthigenfalls entgegen zu treten gilt. Diejenigen, die diesen Vortrag anhörten, wurden davon sehr ergriffen und versichern, wenn der Fürst öffentlich so gesprochen hätte, würde ganz Deutschland ihm zugejubelt haben. Mit dem vielbesprochenen Vertrage zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn verhält es sich folgendermaßen: Nachdem Bismarck und Andrassy sich vollständig geeinigt hatten, wurde in Gegenwart des Kaisers Franz Josef über diese Vereinbarung ein Protokoll aufgenommen und von diesem Protokolle zwei Exemplare ausgefertigt, jedes dazu bestimmt, von einem der beiden Kaiser unterschrieben zu werden. Das gesamte preussische Staatsministerium wurde vom Fürsten Bismarck von der Nothwendigkeit jenes höchwichtigen politischen Schrittes überzeugt und machte gemeinschaftliche Sache mit ihm. Graf Stolberg reiste nach Baden-Baden, um die Zustimmung des Kaisers zu erlangen. Für den Fall der Nichtgenehmigung lag das Entlassungsprotokoll des Reichskanzlers im Cabinet des Kaisers. Man kann sich denken, daß der Kaiser, der stets durch die innige Freundschaft mit dem russischen Hofe verbunden war, sich nur sehr schwer entschloß, ein Abkommen zu genehmigen, das zwar nur friedliche Zwecke verfolgte, aber doch möglicherweise in einen Kampf mit Rußland verwickeln könnte. Dem Grafen Stolberg gelang es bei seiner achtstündigen Anwesenheit, die Bedenken des Kaisers zu überwinden. Se. Majestät hatte seine Zustimmung und Unterschrift erteilt. Ob dies ganz in der ursprünglich beabsichtigten Weise geschehen ist oder ob, um die Gesühle Sr. Majestät zu schonen, irgend eine Änderung beliebt ist, lassen wir dahingestellt. Genau, es handelt sich hierbei um eine solche Formalität, daß die nur diejenige Wichtigkeit haben können, die dem Zusammenhang nicht fehlen. Wie wichtig ist, daß Kaiser Wilhelm eben so wie Kaiser Franz Josef seine allerhöchste Zustimmung und Unterschrift erteilt hat, und zwar, wenn wir recht unterrichtet sind, am 16. d. M. Die übrigen Mitglieder der kaiserlichen Familie sind mit den Wiener Abmachungen und der Politik des Reichskanzlers vollkommen einverstanden.“

Der so überraschend schnell erfolgte Tod des Herrn von Bülow hat, wie zu erwarten stand, eine ganze Reihe von Combinationen entwirrt, über die Nachfolgerschaft, die der Verstorbene in seiner Stellung als Staatssecretair im auswärtigen Amt erhalten soll, und über die Wirkung, welche dieser Personenwechsel auch auf die fernere Zusammensetzung des preussischen Ministeriums üben dürfte. Wenn Graf Eulenburg II wirklich einen Moment als nächstmöglicher Nachfolger Bülow's in Frage kam, so wird jetzt — wie man uns aus Berlin schreibt — nicht mehr an ihn gedacht, und es handelt sich wesentlich nur um Herrn von Radowicz und Herrn von Kowalew. Beide sind in hervorragender Weise Vertrauenspersonen des Fürsten Bismarck, doch steht ihm Kowalew persönlich näher, der lange Zeit hindurch zu den Hausfreunden des Fürsten Bismarck zählte. Herr v. Radowicz aber hat der Fürst im Auswärtigen Amt seit langer Zeit so wenig entbehren können, daß er ihn die Geschäfte der deutschen Gesandtschaft in Athen von Berlin aus versehen ließ. Ob Kowalew oder Radowicz den Ministerposten erhält, wird wohl wesentlich davon abhängen, welches Gewicht Fürst Bismarck gegenwärtig auf die Stellung eines Volschalters beim italienischen Hofe legt. Eine bessere Vertretung in diesem Sinne kann er sich dort nicht wünschen, als er sie jetzt in Herrn von Kowalew besitzt, der übrigens den Vätern seines Amtes in jeder Weise gemessen ist und speciell von allen Deutschen, die Veranlassung hatten, sich seiner Vermittelung zu bedienen, gleichmäßig geliebt wird.

Nach langer Pause taucht wieder einmal das Gerücht von „Frictionen“ auf, welche dem Kanzler bei der Ausführung seiner Pläne hinderlich sein sollen. Nach der „Politischen Zeitung“ wird seit einigen Tagen, in Verbindung mit dem Entschlusse v. Bennigsen's, sich dem parlamentarischen Leben zu erholen, von Besprechungen gesprochen, welche innerhalb des Ministeriums stattfinden sollen, da angeblich der Reichskanzler nicht überall mit der Thätigkeit der erst kürzlich von ihm ernannten Minister einverstanden sein soll. „Der Umstand, daß namentlich die Verlegung des ihm persönlich am nächsten stehenden Ministers in das wichtigste Ministerium geplant werden soll, läßt daran schließen, daß man bei der Auswahl der in den letzten Jahren ernannten Minister noch immer nicht mit der nöthigen Vorsicht zu Werke gegangen ist, indem sich schon jetzt wieder in mehreren Fragen eine unabweisliche Selbstständigkeit zeigen soll.“ Wir sind natürlich nicht im Stande, von unserer Stelle aus dieses

magische Dunkel zu erheben, und geben diese Mittheilungen nur als einen Beitrag zur Signatur der Tage. Uebrigens tritt auch die „Rational-liberale Correspondenz“ den besprochenen Gerüchten näher, indem sie wie folgt schreibt: „Die Gerüchte gehen noch so weit auseinander und beruhen in den Einzelheiten augenscheinlich so sehr auf bloßer Vermuthung, daß man in den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen nicht vorsichtig genug sein können. Die Bedeutung eines neuen Wechsels im Cultusministerium im gegenwärtigen Augenblick wäre allerdings unabweisbar; nach der prononcirten Stellung, die Herr v. Puttkamer eingenommen, würde ein solcher Wechsel ein wesentliches Hindernis hinwegräumen, das sich der Erhebung der liberal-conservativen Majorität durch eine solche der Mittelpartei bisher in den Weg gestellt hat. Es würde damit auf einen Schlag sowohl die parlamentarische Stellung des Centrums als die der Rational-liberalen in sehr wesentlicher Weise umgeändert werden. Doch, wie gesagt, augenblicklich scheinen uns diese Gerüchte noch zu verschwommen und wenig begründet, als daß es sich lohnte, die Tragweite solcher Veränderungen im Staatsministerium zu erörtern. Es wäre ein seltsamer und bezeichnender Vorgang, wenn das gegenwärtige Ministerium nicht einmal langzeitig genug wäre, um sich ein einziges Mal parlamentarisch vorzustellen.“ So weit das erwähnte Blatt. Auch unser Berliner Correspondent äußert sich zur Sache wie folgt: „Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Fürst Bismarck — sei es aus welchem Grunde immer — sich den Rational-liberalen wieder etwas zu nähern wünscht. Ein solches Entgegenkommen würde aber seinen Sinn haben, wenn es bei der Art und Weise bliebe, in der Herr v. Puttkamer bisher sein neues Amt geführt hat. Die Erwartung einer Veränderung seiner Kirchen- und Schulpolitik mag insofern ebenso unbegründet sein wie jene, die schon von seinem bevorstehenden Rücktritt spricht. So rasch reiben sich bei uns die Minister nicht ab, und man darf in dem Umstand, daß das freiconservative Organ, „Die Post“, wenn auch allerdings in maßvoller und zurückhaltender Weise den Minister tadelte, nicht schon die Absicht erblicken, auf seinen Rücktritt vorzubereiten. Daß der Minister selbst an diese Eventualität vor wenigen Tagen noch nicht gedacht hat, geht aus seiner Reise an den Rhein und aus den Reden, welche er in Düsseldorf gehalten, deutlich genug hervor. Noch weniger hat der Finanzminister Bitter, von dem (wohl mit Unrecht) gesagt wird, daß er an Stelle des Grafen Eulenburg Minister des Innern werden solle, einen Wechsel seiner Stellung vermutet. Er war aus alter Anhänglichkeit an Düsseldorf, wo er als Regierungspräsident seine besten Jahre verlebte, bei der Einweihung des neuen Gebäudes der Kunstakademie ebenfalls anwesend und versprach, auch als Finanzminister seine Oefnungen für die Kunst betätigen zu wollen. Sein College, als Chef aller Kunstanstalten, solle ihn seiner Zeit (d. h. wohl bei einer zukünftigen Staats-Anstellung) an dieses Versprechen erinnern und er selbst werde es nicht vergessen.“ So weit unser Correspondent. Unmittelbar vor Redactionschluss sehen wir, daß die altconservative „N. Fr. Ztg.“ der unaufrichtigen Gerüchte von Erhöhung thut: „Unaufrichtige Gerüchte besagen, daß möglichen Falles im Staatsministerium alsbald Veränderungen vor sich geben werden. Eine zuverlässige Bestätigung dieser Gerüchte haben wir nicht erhalten.“ Die Morgenansgabe der „Politischen Zeitung“ vom Donnerstag meldet sogar, daß Herr von Puttkamer seine Entlassung eingereicht und bereits erhalten habe. Bestätigung bleibt abzuwarten.

Im conservativen Lager herrscht bekanntlich nichts weniger als Einigkeit, die einzelnen Gruppen der Partei gliedern sich in Fraktionen, die sich des Oeffnen lebhaft bekämpfen. Neuerdings werden nun Fusionversuche gemeldet, die, wie es scheint, wenigstens vorläufigen Erfolg versprechen. So wird die Vereinigung der alt- und neu-conservativen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus bei Beginn der Session ernstlich versucht werden. „Neuzzeitung“ und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ enthalten eine gleichlautende Aufforderung an diejenigen Abgeordneten, welche sich zu einer großen conservativen Fraktion vereinigen wollen, am Vorabend der Landtagsöffnung zu einer Besprechung zusammenzutreten. Hervorragende Mitglieder beider Fraktionen haben die Aufforderung unterzeichnet und man wird es wohl auch als wahrscheinlich betrachten können, daß die Vereinigung zu Stande kommt, wie es ja auch im Reichstag neben der deutschen Reichspartei nur noch eine conservatieve Fraktion giebt. Auf die freiconservativen scheinen die Vereinigungsversuche nicht ausgedehnt werden zu sollen. Aber auch so würde ohne Zweifel die vereinigte conservatieve Fraktion mit über hundert Mit-